



Anschläge in Paris: Ein Hochamt des abendländischen Nationalismus - alle sind Charlie 3

Pegida beweist es: Ausländerfeindschaft braucht keine Ausländer – ein beleidigtes „Wir Volk“ ist sich selbst genug

Es ist eher unwahrscheinlich, dass die Tausende bis Zehntausende, die im Herbst und Winter als „patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ demonstriert haben, allen Ernstes für „eine Senkung des Betreuungsschlüssels für Asylsuchende“ oder ein „Asylantragsverfahren in Anlehnung an das holländische bzw. Schweizer Modell“ oder „sexuelle Selbstbestimmung“ und gegen „Waffenlieferungen an verfassungsfeindliche, verbotene Organisationen“ sorgen wollen. Viel wahrscheinlicher ist, dass sie auch die anderen 15 Punkte des „Positionspapiers der Pegida“ vom Dezember '14 nicht weiter studiert haben. Ohne Anleitung durch intellektuelle Wortführer wären sie auch kaum auf die Schnapsidee gekommen, ihre gewohnten gewöhnlichen Lebensverhältnisse für eine „christlich-jüdisch geprägte Abendlandkultur“ auszugeben. In der Hauptsache werden sie sich aber schon einig gewesen sein, untereinander wie mit ihren Anführern: Mit den tatsächlich herrschenden, das Alltagsleben bestimmenden Verhältnissen sind sie ebenso unzufrieden wie mit der Politik, die – wie und inwiefern auch immer – für diese Verhältnisse verantwortlich ist; und für ihre Unzufriedenheit haben sie einen Grund ausgemacht, oder jedenfalls äußern sie die Missbilligung ihrer Lebenslage unter einem Gesichtspunkt, der helle Empörung rechtfertigt: Es gibt zu viele Fremde im Land; fremdländische Sitten aller Art machen sich weit über Gebühr breit – in ihrer Umgebung oder jedenfalls in ihrer Wahrnehmung. Dieses Urteil ist immun gegen relativierende Zahlenverhältnisse wie gegen die gerne in kritischer Absicht gestellte Frage, was sie denn eigentlich so stört an den angeblich so fremdartigen Leuten und Gebräuchen. Denn ihre Empörung bedient sich zwar aller möglichen Befunde und Behauptungen über Minarett und Verbrechensraten, folgt aber überhaupt nicht aus denen. Was sich darin äußert, ist das tief ins Empfinden eingebilddete, entsprechend beharrliche Bewusstsein eines verletzten Rechts: des Anrechts, zusammen mit seinesgleichen aus- und abschließend darüber zu bestimmen, wer hierher und was sich hier überhaupt gehört. Wer im Sinne von Pegida demonstriert, der geht ganz fraglos davon aus, dass ihm und seinesgleichen ein Monopol auf Entscheidung darüber, an welche Richtlinien für anständiges Benehmen man sich hierzulande zu halten hat, zusteht – *eigentlich*; denn die Wirklichkeit sieht anders aus: Alle Beschwerden gelten ja dem Umstand, dass gegen dieses Recht allenthalben und immerzu verstoßen wird.

**Das Volk definiert sich:
Nicht die Gemeinheiten der
Konkurrenz sind es, die uns
ausmachen – unsere gemeinschaftliche
Teilhabe daran macht
uns so unverwechselbar**

Gefällt und demonstrativ geltend gemacht wird dieses Urteil vom Standpunkt eines Kollektivs, das in der gern gerufenen Parole „Wir sind das Volk!“ beim Namen genannt wird. So, wie die Protestierer sich dazu bekennen, weist dieses Kollektiv zwei nicht ganz widerspruchsfreie, dafür sehr eng zusammenhängende Eigenschaften auf. Man begreift sich da als befugter Repräsentant einer politischen Größe: jenes deutschen Volkes, das als real existierende Größe durch etliche wenig erbauliche Bestimmungen charakterisiert ist; als da wären: Konkurrenz ums Geld als Geschäfts- und alleiniges Lebensmittel; höchst unterschiedliche Lebensverhältnisse je nach Mitteln für den täglichen Konkurrenzkampf und je nach den darin errungenen Erfolgen und erlittenen Niederlagen; eine öffentliche Gewalt, die dieses Ensemble von Interessengegensätzen nicht nur zwangsweise zusammenhält, sondern für sich und ihren Auftritt als Konkurrent eigener Art in der Staatenwelt

in Anspruch nimmt, die dadurch die antagonistischen Konkurrenzbemühungen ihrer Bürger zum Dienst am von ihr definierten Gemeinwohl ausgestaltet und den im Lande herrschenden Konkurrenzbedingungen und marktwirtschaftsgemäßen Lebensgewohnheiten ihren besonderen nationalen Zuschnitt und Charakter verleiht; usw. Im Bekenntnis zu sich als „Wir Volk“ bleibt von diesen Inhalten eines Daseins unter deutscher Staatsregie aber nur das abstrakte Resultat übrig, dass hierzulande spezifische Lebensgewohnheiten herrschen – wobei das „herrschen“ durchaus wörtlich zu nehmen ist: Dass in diesen Sitten und Gebräuchen auf der einen Seite ein umfangreiches Vorschriftenwesen, auf der anderen Seite dauernde Anpassung stecken, ordnende Gewalt und Unterordnung, das wird zwar ohne seinen wirklichen Inhalt, in so abstrakter Form aber durchaus mit gedacht und gemeint. Viel entscheidender als der schnöde markt- und staatswirtschaftliche Inhalt des wirklichen Volkslebens ist dabei die Fiktion, unter die das bekennende Volk seine reale politische Identität subsumiert: Man denkt, empfindet, tut so, als wäre durch die nationale Besonderheit der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, der man angehört, eine wahre und eigentliche Gemeinschaft definiert, die die Identität ihrer Mitglieder viel grundsätzlicher bestimmt als alle politischen, ökonomischen und daraus sich ergebenden sonstigen Interessengegensätze und Konkurrenzdrangsale. In direktem Widerspruch zu den konkurrenz-kämpferischen Berechnungen und Bemühungen, die den bürgerlichen Alltag ausmachen, stilisiert sich das „Wir Volk“ zum ungemütlichen Gegenbild: als eine auf waldursprüngliche Vertrautheit gegründete Solidargemeinschaft mit ihrem eigenen schönen Sittenkodex. In dessen Namen tritt man dann allerdings durchaus anspruchsvoll und fordernd auf, nämlich als das kollektive Subjekt, das gerade wegen seiner gewohnten und gewohnheitsmäßigen Anpassung an die national herrschenden Verhältnisse ein exklusives Recht auf die Maßregelung der Lebensführung aller Anwesenden hat. Die Betroffenheit durch die Ordnungsgewalt des Staates wird von vornherein wahrgenommen als Zuständigkeit dafür, dass allgemein befolgt wird, was „die Allgemeinheit“ verlangt und die zur besonderen Hausordnung uminterpretierten Verfügungen der nationalen Obrigkeit mitsamt den dadurch etablierten gesellschaftlichen Sachzwängen vorschreiben.

**Das Recht auf Vertrautheit sortiert,
wer und was hierher und was sich
überhaupt gehört**

Was in dieser fiktiven Hausordnung alles drinsteht, ist genauso wenig vorab festgelegt wie ein trennscharfes Kriterium dafür, wer zu deren berufenen Hütern zählt – der Verweis auf den deutschen Pass wäre für Pegida-Anhänger eher sachfremd und Anlass zu der kritischen Nachfrage, wem der denn überhaupt zusteht. Sie selber rechnen sich auf alle Fälle zum „Wir Volk“. Und an den Sitten, für die das Stichwort „Abendland“ herhalten darf und als deren kollektiver Blockwart die Demonstranten sich verstehen, ist nur eines, das aber ganz entscheidend: dass eben dieses Kollektiv darüber zu entscheiden hat. Dass „Wir“ das Sagen haben, darauf kommt es so sehr an, dass schon ziemlich beliebig ist, was man zu sagen haben möchte. Für manche, unzufriedene Rentner z.B. oder ideelle Armutsbetreuer, mag zu einer anständigen Volkssolidarität ein anständiges Altersruhegeld gehören; aber dass viele das nicht kriegen, ist nicht für sich genommen ein Skandal, sondern unter dem Gesichtspunkt, dass „Fremde“ auch was kriegen – dass die ganz bestimmt sogar mehr kriegen als arme Deutsche, ist kein rechnerisch ermittelter Befund, sondern aus der Tatsache deduziert,

EINFÜHRUNG - DAS KAPITAL

Was man von Marx lernen kann: Alles Nötige über Arbeit und Reichtum im Kapitalismus

Ort: Cafe KOZ, Studierendenhaus Campus Bockenheim
Frankfurt, Jügelstraße 1

Zeit: Montag, 11. Mai 2015, 18:30 Uhr

Der Vortrag wird einführen in „Das Kapital“ und für eine längerfristige Kapital-Lektüre werben, zu der sich gerade ein für alle Interessierte offener Lesekreis bildet. Der Lesekreis startet am 13.5. und findet wöchentlich statt.

Linke Parteien zählen den Theoretiker des 19. Jahrhunderts, dessen Gedanken einmal die Welt bewegt haben, zu ihrem Traditionsbestand, seine Schriften aber kennen sie nicht mehr. Marx ist heute ein toter Hund. Um so mehr als man ihn an Universitäten, sofern man sich seiner erinnert, höflich ins geistesgeschichtliche deutsche Erbe eingemeindet – und zwar als einen Großen: Ein großer Philosoph soll er gewesen sein, dem es nach Hegel noch einmal gelungen sei, dialektisch zu denken; ein großer Soziologe, der ein System gebastelt habe, in dem die Gesellschaft von der materiellen Basis bis zum Überbau der Ideen auf ein einziges Prinzip gebracht ist, ein großer Prophet, der die Globalisierung früh vorhergesehen habe, ein großer Utopist, der sich eine schöne bessere Welt ausgedacht haben soll.

Dass Marx selbst, wenn er gefragt würde, nichts von dem genannten Großen vollbracht haben wollte, ja sich dieses Lob verbitten würde, kann seine geistesgeschichtlichen Freunde nicht bremsen. Sie verzeihen ihm ja sogar, dass er Kommunist gewesen ist. Er selbst sah seine Leistung einzig und allein in dem, was der Untertitel seines theoretischen Hauptwerkes ankündigt: in der „Kritik der politischen Ökonomie“ des Kapitalismus. Marx war, wenn irgendetwas, Ökonom. Die Wirtschaftswissenschaften allerdings haben keine gute Erinnerung an diesen Klassiker, ja eigentlich überhaupt keine. Kein Wunder. Schließlich hat

er nicht nur die menschenfeindliche und absurde Rationalität des Wirtschaftsystems aufs Korn genommen, das sie so vernünftig finden, er hat auch ihre verständnisvollen Theorien darüber wider- und zerlegt.

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert. Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negative Größe des Betriebszwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der größten Quelle des materiellen Reichtums, ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen.

Wegen dieser Aktualität, und nur wegen ihr, verdient es der längst verblichene Denker, dass man sich seiner erinnert. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit heute zu erklären. Angeboten werden ungewohnte Gedanken über Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit, Geld und Nutzen, Arbeit und Reichtum – paarweise Bestimmungen, die unsere moderne Welt nicht mehr auseinander halten kann, während sie tatsächlich die härtesten Gegensätze enthalten.

DAS KAPITAL - LESEKREIS

Karl Marx: Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie; Erster Band

Damit die Seitenangaben für die Teilnehmer einheitlich sind, empfehlen wir die Ausgabe: MEW 23, Dietz-Verlag ISBN: 978-3-320-00262-6

Ort: Studierendenhaus Campus Bockenheim, Raum K2
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Zeit: jeweils Mittwoch um 18:30 Uhr

Termine: 13. Mai 2015, 20. Mai 2015, 27. Mai 2015
Weitere Termine sowie Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht.

Veranstalter: farbeROT

dass solche Volksfremde, obwohl nicht hierher gehörig, überhaupt etwas kriegen: ein Urteil vom Standpunkt der Volksgemeinschaftsmoral. Andere finden, dass zu viel geklaut und eingebrochen wird im Land; Gesichtspunkt der Empörung darüber ist der Anteil der Ausländer am nationalen Verbrechen, der schon deswegen mit Sicherheit überproportional ist, weil es für nicht-eingeborene Verbrecher überhaupt keine erträgliche Proportion gibt.

**Das reale Deutschland, mit dem
Maßstab „Heimat“ vermessen:
Alles so fremd hier!**

Für die Lebensverhältnisse, in deren monopolistischer Handhabung das „Wir Volk“ sich gestört findet, steht das äußerst werthaltige Stichwort „Heimat“; und das hat keine bestimmten Lebensumstände zum Inhalt, sondern **► Fortsetzung Seite 2**

„Pegida“ ► drückt die Fiktion eines Rechts auf Vertrautheit aus – was an Sachen dazu gehört, von Kirchtürmen bis zu Straßenbahnen, und was im Bereich zwischen Kopftüchern und kyrillischen Buchstaben alles nicht, das darf jeder, der sich zu Deutschland bekennt, selber festlegen, eben weil es ja auf nichts anderes ankommt als eben dies: über solche Sachen „das Sagen“ zu haben und nicht „überfremdet“ zu werden. „Heimat“ ist das Quidproquo, mit dem eine national verfasste Klassengesellschaft sich einbildet, im Grunde eine naturwüchsige Gemeinschaft zu sein und diese Idylle mit gar nicht nur latenter Gewaltbereitschaft gegen „Fremde“ verteidigen zu müssen, denen man anlastet, dass nichts an dieser Fiktion wahr ist. Dementsprechend folgt die Qualität „fremd“ und dadurch störend zu sein, nicht aus den Merkmalen, die – in unterschiedlicher Zusammensetzung und Gewichtung – als Belegmaterial angeführt zu werden pflegen (und die, um das wenigstens nebenher zu erwähnen, allesamt minder bedeutsam sind als die Änderungen an den herrschenden Lebensverhältnissen, die der kapitalistische Fortschritt mit sich bringt!). Auch da verhält es sich umgekehrt: Selbstbewusste Bürger, unzufrieden – wie und warum auch immer – mit der real existierenden Konkurrenz und ihrem Abschneiden und Status darin, finden dadurch ihr Recht auf Teilhabe am idealen Gegenbild einer national umschriebenen Wohlfühlgemeinschaft verletzt; offensichtlich kommen also die Eingeborenen in ihrem eigenen Land nicht zu dem Ihren; damit ist auch schon klar, dass nicht Hergehörige die eigentliche Ordnung der Dinge stören. Die zu identifizieren, macht einem Volk, dessen Weltbild sich aus der 1. Person Plural herleitet, keine Mühe; die jeweils aktuell gültigen Kriterien finden so sicher und so rasch Verbreitung wie die Direktiven, mit denen ein Staat sein Volk tatsächlich regiert.

Volksentscheids als solcher; mit der wäre nämlich der Monopolanspruch des großen „Wir“ darauf, im eigenen Land das Sagen zu haben, folglich Fremdbestimmung durch Heimatfremdes nicht dulden zu müssen, staatsrechtlich und verbindlich für die Regierenden festgeschrieben. Dann steht fest: Die Höchsten Gewalten gewähren ihren angestammten Untertanen das Exklusivrecht auf Anerkennung als Kollektivsubjekt der Nation und machen ihnen dieses Privileg auf die einzige Art spürbar, auf die das zu haben ist, nämlich durch nachdrückliche Diskriminierung der „Fremden“ und Eliminierung alles „Fremdländischen“. *So geht Heimat!*

Pegida-Kritik von oben: Alles Verständnis für Patriotismus – kein Verständnis für Unzufriedenheit!

Mit ihrer Empörung und ihrem Protest stoßen die „patriotischen Europäer“ aus Dresden und anderswo auf entschiedenen Widerstand. Zuerst bei den Politikern, die sich eine grundsätzliche Pflichtvergessenheit gegenüber ihrem Volk, schon gleich in der Frage einer angemessenen Diskriminierung von Asylanten und Migranten, nun wirklich nicht nachsagen lassen. Die haben außerdem einen innen- und einen außenpolitischen Grund, die Pegida-Leute nicht einfach gewähren und sich womöglich zu einer Sachsens Grenzen überschreitenden Bewegung auswachsen zu lassen. Die Bedingungen des inneren Friedens, darin eingeschlossen diejenigen des gültigen gesellschaftlichen Umgangs mit Religionen im Allgemeinen, dem Islam im Besonderen und Parallelgesellschaften überhaupt, bestimmen immer noch die herrschenden Parteien, nicht „die Straße“; und für die Maßgeblichen hat immer noch das Interesse an Benutzung

derhass sich festmacht, in denen er freilich gar nicht seinen Grund hat, mit deren Erledigung er daher auch nicht auszuräumen, allenfalls mundtot zu machen ist: Kriminelle Ausländer werden, nötigenfalls durch kopfstärke Sonderkommissionen, mit Hochdruck verfolgt, Flüchtlinge ohne gesetzeskonformen Asylgrund beschleunigt abgeschoben, dagebliebene Migranten mit gesteigerten Integrationsforderungen und -maßnahmen behelligt, muslimische Gemeinden zur Ablieferung bedingungsloser Loyalitätserklärungen genötigt. Wo frisch eingetroffene Opfer der gemühtlichen Weltordnung zeitweilig aufbewahrt werden, will man den Eingeborenen deren befristete Anwesenheit „besser erklären“. Dass viele Zugereiste sich mit der Erledigung besonders schlecht bezahlter Drecksarbeiten nützlich machen, manche eine angeblich drohende Facharbeiterlücke schließen helfen könnten, soll das aufgeregte Herrenvolk auch mal wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Und außerdem sei alles gar nicht so schlimm wie behauptet. So wird der Ausländerhass von oben sanft heruntergebremst.

Dass das nationalistische Rechtsbewusstsein genau damit zugleich ins Recht gesetzt wird, ist überhaupt nicht schlimm, insofern vielmehr ganz passend, als es Europas regierenden Patrioten ja wirklich nicht um eine Zurückweisung der patriotischen Volksmeinung geht, sondern um deren Ausnutzung für eine verlässliche Volksmoral im Allgemeinen und einen wahlwirksamen Beifall für ihre volksnahe Politik im Besonderen. Für diesen guten Zweck ziehen die Parteien einen Trennungsstrich zwischen guter Vaterlandsliebe und nicht mehr akzeptablem Extremismus. Der verläuft genau da, wo der volkstümliche „Herr im Haus“-Standpunkt, mit dem sich eine national politisierte Unzufriedenheit der Regierten zu Wort meldet, nicht mehr in die Bereitschaft einmündet, alle Entscheidungskompetenz dem politischen Establishment zu überlassen, sondern in eine Ablehnung umschlägt, die nicht bloß die aktuell Regierenden, sondern auch deren etablierte, als staatsdienlich anerkannte Opposition trifft. Gegen ein Zuviel an Unzufriedenheit mit dem real existierenden Herrschaftssystem richtet sich die obrigkeitliche Zurückweisung der empörten Patrioten; deswegen auch ausdrücklich nicht gegen das mit seiner eigenen Gesinnung umworbene Fußvolk, soweit sich das noch umwerben lässt, vielmehr gegen die Pegida-Organisatoren, von denen die in Herrschaftsverantwortung vereinten Politiker sich keine Konkurrenz machen lassen wollen. Zumal eine Partei sich sofort in Stellung bringt, die die Ablehnung des politischen Establishments in Stimmen für sich verwandeln will.

„Bunt“ gegen „Braun“: Gute Patrioten bekämpfen schlechte Patrioten mit Ausgrenzung

Unter diesem Gesichtspunkt dürften die regierenden und oppositionell mitregierenden Patrioten an der Mehrheit der ihrerseits demonstrierenden Pegida-Gegner ihre Freude haben. An der Flüchtlings-, Asyl- und überhaupt Ausländerpolitik der Berliner Regierung hat man in den Kreisen nicht allzu viel auszusetzen – jedenfalls nicht, dass sie zu lasch und fremdenfreundlich wäre; das bisweilen mit eingebrachte Bedenken, sie wäre zu hart, ja sogar ein bisschen unmenschlich, lässt sich von oben herab locker mit dem heuchlerischen Bescheid vereinnahmen und neutralisieren, gerade im Sinne solcher Kritik und einer allgemein durchsetzbaren „Willkommenskultur“ bliebe den Zuständigen angesichts der herrschenden Volksstimmung gar nichts anderes übrig, als den Bürgersinn nicht zu überfordern und Härte gegen Illegale zu demonstrieren. Auf jeden Fall wird den Pegida-Leuten von ihren Gegnern und wortmächtigsten Kritikern – ganz im Sinne der Regierenden – zuerst und vor allem entgegengehalten, für ihre Beschwerden gäbe es so gut wie gar keine Rechtfertigung durch stichhaltige Befunde: kaum Ausländer in Sachsen, weit und breit keine Moschee... Und wo die Feinde der demonstrierenden Ausländerfeindschaft über solche als Widerlegung und Korrektur falscher Ansichten gemeinten Hinweise hinausgehen, da legen sie mit ihren Parolen „Kein Platz für Nazis!“, „Bunt statt Braun!“ und „Schande für Deutschland!“ Bekenntnisse ab, die in Sachen Vaterlandsliebe dem Patriotismus der „patriotischen Europäer“ in nichts nachstehen. Damit wollen sie nämlich festgestellt haben, dass Ausländerhass sich für anständige Deutsche nicht gehört und insofern nicht wirklich zu Deutschland gehört. Ein

dermaßen kontrafaktisches Urteil entspringt ersichtlich nicht einer Analyse der „braunen Ideologie“ und ihrer Verankerung in enttäuschter Heimatliebe, sondern einer Gesinnung, die auf das wahre und eigentliche deutsche Volk und seine weltoffene Einstellung nichts kommen lassen will: ein Standpunkt, dem die Wahrnehmung der national verfassten kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft unter dem Idealbild einer von moralischen Grundsätzen und guten Sitten zusammengehaltenen Wertegemeinschaft genauso geläufig und selbstverständlich ist wie den rechten Abendland-Verteidigern. Auch da sieht man sich als Sachwalter der guten Sitten, die sich fürs heimische Volk gehören, und grenzt dementsprechend die „hässlichen Deutschen“, die völlig grundlos rechtsradikales Zeug vertreten, aus dem vorgestellten nationalen Grundkonsens aus.

Von deren „Wir Volk“-Gesinnung unterscheidet sich dieser Anti-Pegida-Patriotismus entscheidend darin, dass er fürs Ethos der Volksgemeinschaft, das er sauber halten will, ein anderes, bestimmteres höchstes Kriterium kennt als das pure Recht darauf, „Herr im eigenen Haus“ zu sein: Dass unterschiedslos jedem Menschen Respekt gebührt, auch wenn er von anderswo herkommt als aus dem angestammten Verantwortungsbereich der sittlichen Hausmeister des deutschen Volkes, das möchte man da schon beachtet wissen. Den Lebensverhältnissen, vor denen so viele Leute weglaufen, und denen, in die sie hineinlaufen, wird das große Glück entgegengesetzt, ein Recht auf menschliche Anerkennung, auf Mitleid im Zweifelsfall, zugebilligt zu bekommen. Diese Großzügigkeit verfechten die „Bunten“ ihrerseits sehr entschieden unter dem Gesichtspunkt der *nationalen Ehre*: als Haltung, die von allen Mitbürgern zu fordern ist, weil fremdenfeindliche Gemeinheiten das Idealbild vom guten deutschen Volk beschmutzen würden. Ihre Identifikation mit der eigenen Nation und deren Bürgerschaft nehmen diese netten Patrioten so ernst, dass sie ihre gehässigen Mitbürger glatt als „Schande für Deutschland“ empfinden und sich für solche Typen schämen. Mehr Volkssolidarität geht kaum, als auch noch in den Figuren, deren Gesinnung man zutiefst verachtet, die Stammesverwandten zu sehen, die einem das eigene patriotische Selbstbild kaputt und die Liebe zur gemeinsamen Heimat schwer machen.

Für ihren Kampf gegen die „braunen“ Nestbeschmutzer bekommen die Moralisten einer „bunten“, weltoffenen Volksgemeinschaft viel Anerkennung von denen, die die deutsche Konkurrenzgesellschaft regieren und den heimischen Kapitalstandort auf weltweiten Konkurrenzern trimmen, und Beifall von denen, die die Moral des deutschen Imperialismus von Berufs wegen repräsentieren; da reihen sich schon mal echt Prominente, ein Minister oder der Bundespräsident in eine imaginäre oder sogar eine real existierende Lichterkette ein. Diejenigen freilich, die es mit einer „Willkommenskultur“ auch für unerwünschte Migranten politisch ernst meinen, kriegen es leicht mit anderen Reaktionen zu tun. Je entschiedener und tatkräftiger sie für ihr Bild von einem hochanständigen Vaterland eintreten, umso eher geraten sie mit dem wirklichen Garanten der herrschenden nationalen Sitten aneinander. Für die Staatsmacht kommt es nämlich in Sachen des nationalen Anstands allemal zuerst und entscheidend darauf an, dass sie in allen politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungsfragen die letzte Instanz ist und sich das Heft nicht – noch nicht einmal von Kirchenleuten mit ihrem frommen Ersatz-Asyl – aus der Hand nehmen lässt. In der Abteilung Demonstrationsrecht achtet sie daher streng auf ihr Gewaltmonopol, bei den Pegida-Gegnern genauso streng wie – je nach politischer Orientierung der zuständigen Polizeiführung auch schon mal ein bisschen schärfer als – bei den kampfbereiten Rettern des „jüdisch-christlich geprägten Abendlands“. Wo es um die wirkliche Ordnung im Land geht, da machen die Höchsten Gewalten zwischen den einen und den anderen Liebhabern einer sittlich intakten Heimat keinen Unterschied – oder wenn, dann am ehesten den, dass ihnen der Wunsch nach einer ordentlich durchgreifenden öffentlichen Gewalt allemal näherliegt als ein Patriotismus, der sich in einer ausländerrechtlich grenzwertigen „Willkommenskultur“ für Migranten und Asylanten gefällt. Doch warum die real existierende Staatsgewalt ausgerechnet ihre idealistischen Weltverbesserer nicht recht leiden kann: Das haben die noch nie verstanden. ◀

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

- Ort: Frankfurt, Studierendenhaus
Campus Bockenheim, Jügelstraße 1
(Eingang links neben dem Café KOZ)
- Raum: K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)
- Zeit: jeweils Donnerstag um 19 Uhr
- Termine: Termine sowie Raumänderungen werden
zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht.
- Veranstalter: farbeROT & GEGENSTANDPUNKT
- Informationen zu weiteren Städten auf
www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

Die Lösung: Mehr Anerkennung für Einheimische durch Diskriminierung der Fremden

Eben diese real existierende politische Herrschaft ist für ein echt empörtes Volk mit seinen „Wutbürgern“ der genuine Adressat aller Beschwerden. Schon der Aufschrei „Wir sind das Volk!“ ist eine Klage darüber, dass die Obrigkeit sich ihrem Volk entfremdet hat, und soll die Herrschenden an ihr wahres Fürsorgeobjekt erinnern oder gleich wegen Pflichtvergessenheit verurteilen. Dass man als Volk unter der Regie eines staatlichen Gewaltapparats steht und mit den eigenen Lebensverhältnissen dadurch festgelegt ist, das ist in dieser Klage und Anklage ebenso präsent wie die Umdrehung dieses Verhältnisses: die Idee einer Verpflichtung der Herrschaft, ihren Bürgern irgendwie erkennbar eine Anerkennung als Kollektivsubjekt seiner Lebensverhältnisse und als wahrer und eigentlicher „Herr im Haus“ zuteil werden zu lassen. Alle Unzufriedenheit gilt den eigenen Regierenden – unter dem einen und einzigen Gesichtspunkt, dass die es an Ausgrenzung des „Fremdländischen“ fehlen lassen; andernfalls wäre das Volk ja bei sich zu Hause, und zu Empörung gäbe es keinen Grund im fremdlingsfreien Heimatstall. Mustergültig bringen die Initiatoren der Pegida-Proteste mit der Forderung nach einer Ergänzung des Grundgesetzes um Volksentscheide auf den Punkt, worum es geht: Was das Volk zu entscheiden haben soll, ergibt sich für wahre Patrioten ganz von selbst aus der Institution des

und Vereinnahmung rechtmäßig anwesender Ausländer Vorrang vor einer minderheitlichen Sondermeinung, deren Anhänger womöglich nicht bloß die Gesundheit fremdländisch erscheinender Nachbarn, sondern das staatliche Gewaltmonopol gefährden. Zu Deutschlands Status als europäische Führungsmacht und als weltpolitische Größe, die unter diplomatischer Bemühung hoher und höchster politmoralischer Titel in den Gewaltgebrauch anderer Souveräne hineinregiert, passt eine ausländerfeindliche nationale Front, die zudem Erinnerungen an Großdeutschlands letzten großen Weltkriegseinsatz heraufbeschwört, schon gleich nicht; da machen die Repräsentanten des wohlmeinenden deutschen Imperialismus sich gleich Sorgen, mit dem Image der Nation könnte die Glaubwürdigkeit ihres Auftritts als maßregelnde Instanz Schaden nehmen und damit mindestens eine bewährte Technik, womöglich auch ein Stück des Erfolgs ihrer Weltpolitik. Aus beiden Gründen sind „klare Worte“, i.e. eine offizielle Ausgrenzung des marschierenden Patriotismus aus dem schwarzrotgoldenen Verfassungsbogen angesagt.

Dabei wird dem patriotischen Anliegen als solchem keineswegs die Anerkennung verweigert. Das Gefühl der zumindest drohenden Überfremdung, zu dem sich der Monopolanspruch auf herrschende Sitten im Land bei den Pegida-Anhängern verfestigt hat, wird sehr entgegenkommend mit dem Versprechen quittiert, von Staats wegen in all den Belangen härter zuzugreifen, an denen der aufgeregte Auslän-

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-15

In Deutschland hat der Anti-Amerikanismus Konjunktur. Wichtigster Anlass ist die sogenannte Ukraine-Krise. Bei der gemeinsamen Einmischung des Westens ins politische Schicksal der Ukraine kollidieren deutsche und amerikanische Interessen; dabei geht es um nichts Geringeres als eine Frage von Krieg und Frieden. Was mit aller Zurückhaltung aus den USA an militanter Kriegsbereitschaft berichtet wird, gefällt nicht einmal den deutschen Meinungsbildnern für die der ganze Konflikt in nichts anderem als einem keinesfalls hinnehmbaren aggressiven Übergriff des Machtmenschen Putin auf ein unschuldig unter die „sanften Fittiche der Brüsseler Bürokratie“ strebendes Nachbarland besteht. Auch Berichte über Amerikas Innenleben lassen ein deutliches Missfallen erkennen: Der Rassismus ist in dem angeblichen Heimatland der Menschenrechte einfach nicht totzukriegen!

Diesen abschätzigen Umgang der Deutschen mit ihrem transatlantischen Hauptfreund mögen wir nicht unkommentiert lassen. In seinen verschiedenen Facetten zeugt er ja doch allein von der Richtigkeit unseres alten Dogmas, dass Anti-Amerikanismus kein Anti-Imperialismus ist.

Westlich-russischer Stellvertreterkrieg in der Ukraine: Herausforderung und Haltbarkeitstest für das NATO-Kriegsbündnis

Das „Revival“ der Militärallianz der Europäer mit der amerikanischen Weltmacht, der Nato, aus Anlass des Kriegs in der Ukraine, für den die Verbündeten in fest entschlossener Einseitigkeit Russlands Präsidenten verantwortlich machen, konfrontiert das „Führungsduo“ der EU und speziell die Berliner Regierung mit dem Widerspruch ihrer ausgreifenden Weltordnungspolitik. Mit der Eskalation der Gewalt gerät Deutschlands weltpolitischer Weg – keineswegs zum ersten Mal, aber erneut und verschärft – in den Widerspruch zwischen der Freiheit, die zivile Konkurrenzmacht der Nation im Rahmen der globalen Geschäftsordnung zum Einsatz zu bringen, und der gar nicht zivilen Geschäftsgrundlage dieser Ordnung, der abschreckenden Militärmacht der USA. Der Konflikt um die Ukrainepolitik zwischen den Deutschen und der amerikanischen Führungsmacht beschert dem Bündnis damit eine neue Zerreißprobe: die Alternative zwischen „Revival“ und Exitus.

Kuba:

Die USA besinnen sich auf ihren Dollar-Imperialismus

Der Artikel zu Obamas neuem politischen Deal mit Kuba erläutert den Stellenwert dieser Initiative im Zuge des – in Heft 3-14 abgehandelten – Dollar-Imperialismus, der ausgerechnet mit seiner Manier der vereinnahmenden Unterwerfung der Welt unter die Sachzwänge des Geschäfts friedliebenden Europäern immerzu vergleichsweise gut gefällt.

Pegida, FPÖ, MoVimento 5 Stelle, Lega Nord

Das Abendland marschiert: Klarstellungen zur Logik empörter Heimatliebe

Zusätzlich zum abgedruckten Artikel über die PEGIDA steuern wir in mehreren Artikeln einen Vergleich mit ähnlich liebenswürdigen, ähnlich zählebigen und ähnlich populären politischen Gesinnungen bei, die im europäischen Abendland zu Hause sind. Die nationale Abgrenzung eines nationalen ‚Wir‘ von den ‚anderen‘, die grundsätzlich stören und nicht ‚dazu‘ gehören, gehört auch und gerade zu einem ‚Europa ohne Grenzen‘ offensichtlich unausrottbar dazu. Die kritische Würdigung von Pegida, Österreichs Freiheitlicher Partei, Italiens „Grillini“, dem MoVimento 5 Stelle, und der runderneuerten Lega erläutert das gelebte politische Weltbild national gesonnener Bürger: Deren Anpassungsbereitschaft an ihre wenig zufriedenstellenden Verhältnisse geht einher mit der Deutung aller Lebensverhältnisse als Chance und Anrecht, auf das der einheimische Bürger einen Anspruch hat, andere aber nicht.

Zum Beispiel Ferguson: Rassismus in den USA – woher er kommt und warum er nicht weggeht

Die Auskünfte über die innere Verfassung der USA beantworten die Frage, warum die Diskriminierung der Amerikaner mit dem Afro- davor, die hierzulande vom Standpunkt moralischer Überlegenheit mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen wird, zur US-Heimstatt von Freiheit und (Chancen-)Gleichheit einfach dazugehört.

Erziehungsdiktatur in Thailand: Das Militär richtet sich sein Volk zurecht

Um den Streit, wer das eigentliche Volk ist, geht es auch in Thailand. Den Streit nämlich zwischen einer kopfstarken Minderheit, die ökonomisch und politisch maßgebend war und sich als eigentliches Staatsvolk aufgeführt hat, und einer Mehrheit von Underdogs, die von einem ziemlich radikalen reichen Reformpolitiker für Staat und Wirtschaft anders als zuvor in Anspruch genommen und mit einem Rechtsbewusstsein als gleichberechtigte Thai-Bürger versorgt worden sind und prompt dessen Partei mehrfach an die Regierung gewählt haben. Das hat erst einmal das Establishment mithilfe des Militärs unterbunden; das übt jetzt nach eigener Auffassung eine Art Erziehungsdiktatur für die falsch politisierten Massen aus.

Außerdem in diesem Heft Antworten auf die Frage,

- welche Erfolge Die Linke in Deutschland zu verzeichnen hat;
- an welcher Front aktuell der Klassenkampf im Lande tobt.

Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Einzelpreis 15 € 127 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort als digitale Ausgabe erhältlich:

Bestellung und weitere Infos über www.gegenstandpunkt.com oder über kommerzielle E-Book-Shops wie z.B. www.libreka.de.

Jahresabo: 40 € Einzelausgabe: 10 € E-Book-Formate: pdf, epub, mobi

Ältere Ausgaben der Jahre 1992 bis 2012 sind auf www.gegenstandpunkt.com frei recherchierbar und stehen dort kostenlos als E-Books zum Download zur Verfügung.

Anschläge in Paris Ein Hochamt des abendländischen Nationalismus – alle sind Charlie

In Paris verdienen sich seit Jahren ein paar Schreiber und Zeichner einen bescheidenen Lebensunterhalt mit der Produktion eines satirischen Blattes – *Charlie Hebdo* –, das sich auf Respektlosigkeiten gegenüber großen Religionsgemeinschaften und ein wenig Blasphemie deren Götter betreffend spezialisiert hat. Das wird in einer kleinen Nische der bürgerlichen Meinungsvielfalt von ein paar Freunden laizistischer Lebensart und anderen, die die gottgläubigen Reaktionen aller Couleurs für einen beleidigungswürdigen Gegner halten, gern genommen. Empörte Reaktionen der Betroffenen bestätigen den Blattmachern, dass sie richtig liegen, und Todesdrohungen aus Kreisen radikaler Moslems, die schon einmal ihre Redaktionsräume angreifen und Polizeischutz erforderlich machen, lassen sie in den eigenen Augen als veritable Helden des freien Meinens erscheinen, denen es erlaubt sein muss, gerade dem weltpolitisch gefährlichen und sittlich grundfalschen „Islamismus“ den Spiegel vorzuhalten. Ein Leben ohne ihre gemalten Injurien, vor allem gegen Allah und Mohammed, aber auch gegen deren jenseitige Kollegen, er-

schien den Leuten von *Charlie* wie eine traurige Existenz „auf den Knien“, der sie ein „aufrechtes Sterben“ vorzögen, wie der Chefredakteur gelegentlich kundtut.

Die blutige Tat dreier islamischer Attentäter hat sie Mitte Januar ganz unfreiwillig beim Wort genommen und neben zwölf Redaktionsmitgliedern einen Polizisten und vier jüdische Supermarktkunden das Leben gekostet, als eine Attacke von Terroristen in einem Aufwasch die Beleidigungen des Propheten rächen, Angriffe auf ihre Glaubensbrüder von IS und Al Kaida vergelten und gleich noch ein paar von ihren jüdischen Erzfeinden umbringen sollte.

Der terroristische Feind trifft – auf eine kämpferische Einheit von Volk und Führung

Was wie ein grausam schlechter Witz klingt, bekommt durch die öffentlichen Reaktionen auf das Ereignis eine ganz andere Bedeutung: Präsidenten und Regierungschefs, regierende und

kommentierende Franzosen, Europäer, Amis und die UN erklären unisono auf allen Kanälen, der Anschlag habe „uns allen“ gegolten, unserer *Freiheit* und *Zivilisation*. Teile der Bevölkerung haben das offenbar genau so verstanden und eilen zu spontanen Solidaritätsbekundungen auf öffentliche Plätze. Erregte Journalisten und politische Analysten bekräftigen es immer aufs Neue: Der Terror richtet sich „gegen den Westen, die Demokratie und die Pressefreiheit“ (Ein Sprecher der Stiftung Wissenschaft und Politik im ZDF, 18.1.15), was widerspruchlos geteilt wird und die europaweite Inszenierung kollektiver Betroffenheit mittels eindrucksvoller Großdemonstrationen gegen Gewalt und für die Pressefreiheit zu einem gewaltigen *Erfolg* macht. Der liegt für die Veranstalter nicht zuletzt darin, dass die Massen der Teilnehmer mit ihnen darin übereinstimmen, spontan oder unter Anleitung, dass ein Ereignis wie das Pariser Massaker kein Anlass ist, Sachen auseinanderzuhalten, die nicht zusammen gehören: Da fallen dann, so wie es sein soll, menschliches Entsetzen über die Opfer in eins mit der Empörung über den Angriff auf ein Gemeinwesen, das mit seiner Gewalttätigkeit nach innen und außen seit vielen Jahren viel Feindschaft auf sich zieht und seine Bürger mancher Feindschaft aussetzt; was die dann eben, wenn alles durcheinandergeht, nicht daran hindert, massenhaft ihre *allerabstrakteste*

Gemeinsamkeit mit den Opfern – ungefragt Angehörige desselben Staatswesens zu sein – als *persönliche* Betroffenheit und Mitleid zu empfinden. So wird einmal mehr – und in krisenhafter Lage – die unverbrüchliche Identität von staatlichem Zwangskollektiv und menschlichem Individuum „bewiesen“, jenseits aller Gegensätze, die es im wirklichen Leben der Nation zwischen ihnen geben mag.

Bei dem großartigen Gefühl der Zusammengehörigkeit von Volk und Führung in der Not soll es nicht bleiben. Den Kundgebungen von Millionen von Demonstranten mit geschwungenen Zeichenstiften, die alle behaupten, *Charlie* zu sein, entnehmen die europäischen Regierungen ganz souverän den Auftrag, die Freiheit, speziell die moderne Meinungs- und Pressefreiheit, die sie ihren dankbaren Völkern spendiert haben und zu deren Betreuung nur sie allein befugt sind, gegen mittelalterlich denkende Glaubensfanatiker zu verteidigen, die den Primat der weltlichen Herrschaft und ihrer Werte gegenüber ihrer privaten muslimischen Überzeugung nicht verstehen wollen. *Charlie* soll jetzt der Vorname jedes patriotischen Europäers gegen islamischen Terror sein und die regierenden Europäer ► **Fortsetzung Seite 4**

Anschläge in Paris ► übernehmen zu- ständigkeithalber den Verteidigungsauftrag, so wie sie ihn verste- hen wollen. Von ihren Schutzbefohlenen ernten sie keinen Widerspruch in dieser schweren Stun- de: Die ver- stehen sich eben gerade umstands- los als Anhänger der *Freiheit im Allgemeinen*, ungeachtet dessen, wie die sich in Gestalt der ihnen aktuell zudiktierten Lebensumstände tagtäglich darstellt, und der *Meinungsfreiheit* im Beson- deren, ohne die den Demonstranten das Leben offenbar kaum mehr lebenswert erscheint, auch wenn deren Gebrauch nicht eben zu den Haupt- beschäftigungen eines gewöhnlichen Werktags in der kapitalistischen Gesellschaft gehört. Von der Abstraktion einer höchstwertigen Lizenz zur Äußerung von gleichgültigen Ansichten, deren praktische Umsetzung stets unter dem Vorbe- halt obrigkeitlicher Genehmigung steht, soll bei den Feierlichkeiten im Angesicht des Anschlages nur ein leuchtendes *freiheitliches Dürfen* stehen bleiben. Dem wird zu seiner Veredelung sogar noch der Tod des von den Attentätern erschos- senen Polizisten als *Opfertod für die Pressefreiheit* zugeordnet, indem ihm ein einfühlsamer Inter- pret posthum die Worte in den Mund legt:

„Ich bin nicht Charlie, ich bin Ahmed der tote Polizist. Charlie hat meinen Glauben und meine Kultur lächerlich gemacht, und ich starb in Ver- teidigung seines Rechts, das zu tun.“ (SZ, 14.1.15)

Damit bei der öffentlich animierten, demon- strativen Identität von oben und unten unter dem Motto „Je suis Charlie“ nichts im Ungefä- hen bleibt, bemüht man sich um die Verdeut- lichung und Vereinheitlichung dessen, was einer meint, wenn er sich dieser Parole anschließt:

„Der Dreiwortsatz, ans Revers geheftet oder als Schild auf einer Demonstration getragen, meint: Ich protestiere gegen die Gewalt als Antwort auf Karikaturen. Ich bin mit gemeint, wenn das Recht auf freie Meinungsäußerung angegriffen wird. Und wenn der Satz, wie bei der Demonstration in Paris am vergangenen Sonntag, auf den Arc de Triomphe projiziert wird oder öffentliche Gebäude schmückt, bekräftigt er indirekt auch das Gewalt- monopol des modernen Staates.“ (SZ, ebd.)

In dem famosen „Dreiwortsatz“ äußert sich also – gefälligst! – die hinter der angegriffenen Staatsgewalt versammelte Einheit der Nation, wie sie in der Konfrontation mit dem Feind eben nur der Krieg kennt. Und dementsprechend überführen die Chefs der europäischen Natio- nen und ihre öffentlichen Interpreten den Ter- roranschlag in eine Schlacht in einem Krieg, der – wie stets – zwischen Gut und Böse stattfindet.

Die Leistung des islamistischen Feindbildes für die Erklärung der Feindschaft

Die moralische Sortierung der kämpfenden Parteien ist, wie schon gesehen, nicht beson- ders schwierig, im Zweifel sind die Organe der Öffentlichkeit und die politische Führung behilf- lich:

„... die Menschen begriffen: Sie haben uns alle treffen wollen, sie wollten unser Frankreich ermorden, die Republik, die Demokratie.“ Die Attacke richtete sich „gegen die Werte der Aufklärung und der Französischen Revolution. ... Es geht um die Freiheit. Um Menschlichkeit. ... Es geht hier nicht einmal nur um die Demokratie sagte der Ex- präsident (Sarkozy). Es geht um die Zivilisation.“ (Nicht Wagner von Bild, sondern Der Spiegel, 3/2015)

Was hier ein wenig nach Mongolensturm, Hunneneinfall oder Naziüberfall klingt, soll die kaum zu übertreffende Verwerflichkeit des Geschehenen klarstellen, und dass „wir“ uns deswegen nicht in der Lage sehen, irgendeinen Grund anzuerkennen oder „uns“ auch nur vor- zustellen, in dessen Namen man gegen die hier beispielhaft auf engstem Raum akkumulierten Höchstwerte der Menschheit derart brutal vorgehen könnte; demnach sind die drei Terroris- ten, denen aus „uns“ befreundeten, also recht- gläubigen islamischen Kreisen im In- und Aus- land auch jede *religiöse* Rechtfertigung bestrit- ten wird, tatsächlich *grundlos* über die edelsten Güter hergefallen, in fanatischem Hass gegen alles Wahre, Gute und Schöne. Die bekannt gewordenen, kurzen Auskünfte der Angreifer vor und während der Tat, die Beleidigungen des Propheten und die Angriffe auf die Glaubens- brüder von IS und Al Kaida vergelten zu wollen,

werden dem Feindbild der grundlos fanatisier- ten Bosheit subsumiert. Und die nachgeschobe- nen Sittenbilder eines trostlosen Aufwachsens in islamisch geprägten Banlieues, religiöser Sinn- suche von Konkurrenzverlierern und islamisti- scher Verführung informieren das Publikum nur über das soziale, psychologische und kriminolo- gische Terrain, auf dem sich dann die – letztlich unbegreifliche – Entgleisung zum Terror gegen unsere höchsten Werte abspielt.

*

Tatsächlich ist das Pariser Massaker nur einer der unzähligen Anwendungsfälle, in denen sich das westliche *Feindbild* vom letztlich grund- und zwecklosen islamistischen Terrorismus seit län- gerem bewährt. Die moralische Verteufelung des Widerstandes, den früher Staaten, heute eher „asymmetrische“ terroristische Vereine, der kriegerischen Praxis des Westens bei der Neu- ordnung des Nahen Ostens nach „Nine Eleven“ entgegensetzen, sorgt im öffentlichen Bewusst- sein der für die Weltordnung verantwortlichen Nationen für die flächendeckende Anwendung jener auch in Paris in Anschlag gebrachten *sau- bernen Abstraktion*: Zielstrebig abgesehen wird nämlich beim ‚Abscheu‘ über die feindlichen ‚Untaten‘, dass es für die betroffenen Völkerschaf- ten irgendwie ein guter Grund ihrer Feindselig- keit sein könnte, dass die westlichen Staaten *ihre Feindschaft* gegen weltordnungswidrige Regime praktizieren und im Zuge dessen die Heimatlän- der der Muslime zwischen Libyen und Pakistan mit verheerenden Kriegen und Bürgerkriegen überziehen.

Die Kriege zur Zerschlagung des Taliban- Regimes in Afghanistan und des Saddam-Staa- tes im Irak, die gewaltsame Beseitigung Gadda- fis in Libyen und die fortdauernde Unterstüt- zung Israels bei der Kontrolle und Bekämpfung palästinensischen Widerstandes durch die USA und die europäischen Staaten haben bekanntlich weite Teile der arabischen Welt empört und gan- ze Staaten in Trümmer gelegt. Dies unter dem Titel der Korrektur und eines demokratischen Neuaufbaus von Nationen – *nation building* –, die seit den Al-Kaida-Angriffen auf New York als weltpolitische Störfälle identifiziert wurden. Weder Hunderttausende von Toten, noch die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mil- lionen und auch nicht die massenhafte Verlet- zung der Grundsätze westlich-, humanitärer Kriegsführung und heiliger Rechtsstaatlichkeit durch lässig eingestandene „Kollateralschäden“ und öffentlich bekannt gemachte – und da- durch schon wieder verziehene – Folterprakti- ken konnten die Völker des christlich-jüdischen Abendlandes in ihrer felsenfesten Zutraulichkeit zu ihren kriegführenden Regierungen sonder- lich beeindrucken. Anmerkungen, wonach der Krieg der Terror der Reichen, der Terrorismus hingegen der Krieg der Armen sei, kursieren allenfalls als moralische Bonmots und stellen abweichende Meinungen dar: Die zuständigen Regierungen können sich darauf verlassen, dass die Bevölkerung wenige und wenn die passen- den Gedanken darauf verschwendet, welche Politik sie eigentlich von den gewaltsamen Ge- gensätzen der Weltpolitik betroffen macht, und darauf, dass in den Fällen, in denen der Terror wieder einmal „Europa erreicht“, das Volk als antiterroristische Heimatfront in Treue fest zu seinen Kriegsherren steht.

Das Feindbild vom islamischen Terrorismus wird also durch die *Weltordnungskriege* des Wes- tens nicht in Frage gestellt, sondern bestätigt: Gelten diese doch weitgehend unbestritten als die bewaffnete *Konsequenz*, mit der die demo- kratische Welt dem terroristischen Widerstand gegen eine bessere Welt entgegentreten muss – und dies nach dem Geschmack der öffentli- chen Anwälte der Verteidigung unserer Werte gegen die Barbarei oft sogar viel zu zögerlich und inkonsequent tut. Parallel zum westlichen Truppenrückzug aus Afghanistan und Irak, wo die Erfolge bei der Zerstörung der Länder durchschlagend, die bei der Verankerung ver- lässlicher demokratischer Herrschaftsformen dafür weniger eindrucksvoll waren, wird die einschlägige demokratische Bildungsmaßnah- me zurückgerufen und von Obama der näch- ste Krieg in der Region angekündigt. Der geht gegen den dort real existierenden Inbegriff des islamistischen Bösen, den IS, nebenbei noch gegen Syrien und ein bisschen auch gegen den Iran, und ist auf mindestens zehn Jahre termi- niert. Die über die *Gefährlichkeit des Feindes* bestens informierte Öffentlichkeit erspart dabei

den Kriegsherren nicht die kritische Nachfra- ge, ob der neue Waffengang mittels Drohnen, „*leading from behind*“, „*no boots on the ground*“ und unter Einsatz der dortigen verbündeten Regionalmächte überhaupt in der nötigen Här- te zu führen ist, wie sie der fanatisierte Gegner erfordern würde.

So ist das sorgsam gemalte Bild vom bö- sen Feind *erzieherisch erfolgreich*, indem es alle wirklichen Gründe bestehender Feindschaft ver- gessen macht, die Kriegsgründe der westlichen Regierungen beglaubigt und selbst noch die Fortführung des Kampfes gegen die Resultate der eigenen Kriegsführung ins Recht setzt und in eine *Defensive* der guten Weltmächte gegen die Bosheit von blindwütigen Terroristen um- lügt. Das geht gut, weil der Erfolgsmaßstab für die westli- chen Kriegsparteien in der demokratischen Öffentlichkeit sehr *anspruchsvoll* ist. Un- erwünschte *Nebenwirkungen* der langjährigen Kampagnen im einschlägigen „Krisenbogen“ – vor Ort der IS und zu Hause die Radikalisierung von Teilen der islamischen Gemeinden – lassen die Herren über die größten Kriegsmaschinen der Geschichte *wie blamiert* aussehen: weil sie es nicht verhindern, dass antiwestliche Krieger im Namen Allahs sich aus den Kriegsschauplä- tzen in Syrien und im Irak ein Stück Land für ihr kriegstüchtiges Kalifat herauschneiden, dort westliche Journalisten köpfen, oder empörte Muslime zu Hause Anschläge wie in Paris und anderswo verüben.

Dabei ist im Übrigen anzumerken, dass die Kämpfer Allahs hinsichtlich *ihres* Feindbildes ihren machtvollen Gegnern bei der interessier- ten moralischen Verdrehung der Welt in nichts nachstehen: Die für manche muslimische Staa- ten so zerstörerischen Bestrebungen der impe- rialistischen Führungsnationen, die Störenfriede ihrer Weltordnung zu eliminieren, nehmen die politisierten Gottgläubigen vor allem wahr als die Beleidigung ihres jenseitigen Herrn, seines Propheten und ihrer gottesfürchtigen Gemein- schaft. Auch diese Dummheit hat ihren guten Sinn: Sie macht ihre Rache von Grund auf ge- recht und zur Pflicht jedes Gläubigen, und als Objekte ihrer Vergeltung grundsätzlich jeden Ungläubigen geeignet, zumal wenn er als offener Feind der Muslime erkannt oder Jude ist oder sonst unterstützend zu einer gottesfeindlichen Staatsmacht steht. So können die terroristischen Rächer des Glaubens beim wahllosen Zuschla- gen gegen die Bürger der Feindstaaten gar nichts falsch machen.

Westliche Höchstwerte in der Defensive – das kostet

Leicht wie sonst nie gelingt es Regierungen nach Anschlägen wie in Paris, ihre Völker um sich zu scharen, die sie mit ihren imperialisti- schen Ambitionen zu Objekten eines für die Betroffenen fürchterlichen, weltpolitisch ohn- mächtigen Gegenterrors gemacht haben. Gegen diese Bedrohung rufen die Chefs des christli- chen Abendlandes die gemeinsame *Verteidigung* der Freiheit aus, die seit Jahren in Bagdad und am Hindukusch stattgefunden hat und jetzt gegen einen ebenso bösartigen wie unberechen- baren Feind auf heimatlichem Boden organisiert sein will. Sie begeben sich gerne in die Pose des Angegriffenen, der, zur Defensive gezwungen, unbeugsam seine Werte verteidigt, „*voller Sorge*“ zwar, um diese und die ihm zum Schutz anemp- fohlene Herde, „*aber ohne Angst*“ (Innenminister de Maizière).

Derlei Aufführungen haben eine reale Grund- lage in einem Drangsal hiesiger Innenpolitik bei der polizeilichen Kontrolle und geheimdienstli- chen Überwachung der muslimischen inländi- schen Gemeinde, die einhergeht mit deren Be- wirtschafterung als erwünschte Arbeitskräfte im Dienst am europäischen Wachstum. Weil dieser Bevölkerungsanteil durchaus wächst, einerseits wegen ständiger neuer Flüchtlingswellen aus den Kriegsgebieten, andererseits wegen des Bedarfs europäischen Kapitals an ausländischer Arbeits- kraft, ist da viel auf die Reihe zu bringen:

- Die Mitglieder der muslimischen Gemeinden haben ja nicht weniger Grund zur Unzufriedenheit als andere Konkurrenzteilnehmer, wenn der erhoffte Erfolg beim Erwerb eines guten Lebens und angemessener Anerken- nung ausbleibt; sie haben aber in ihrem Glauben ein alternatives Sinnangebot, dem die zuständigen Behörden nicht trauen, weil es dem Generalverdacht unterliegt, sie empfäng- lich für islamistische Agitation und deswegen unberechenbar für inländischen Kontroll- bedarf zu machen. Dieses Misstrauen hegt die Bevölkerung schon lange, sodass insgesamt in solchen Zeiten das Risiko der Gemeindemit- glieder steigt, der Feindseligkeit der Mehr- heitsgesellschaft zum Opfer zu fallen, die sie noch nie recht leiden konnte.

- Die hält es vielmehr für die Pflicht der Mus- lime, sich öffentlich von den Übergängen iher- rer radikalen Glaubensbrüder zu distanzieren. Das tun sie dann auch, demonstrieren fleißig mit gegen deren Taten, versuchen so den all- gegenwärtigen Verdacht gegen sich auszu- räumen und erleben stets aufs Neue, dass es eigentlich unmöglich ist, dagegen den Beweis der eigenen Zuverlässigkeit zu führen.

- So ergeht an sie ein ums andere Mal der öffentliche Wunsch nach noch schärferen Verurteilungen – Merkel „*hätte sich da mehr erwartet*“ –, nach zuverlässiger Unterordnung ihrer Gläubigen und ihrer religiösen Wallun- gen unter geltendes Recht und ehrliche Begei- sterung für die europäische Freiheit zur Belei- digung des Allerhöchsten.

- An die organisierten Muslime im Land sind auch die Forderung und das Angebot adres- siert, endlich organisatorische Fortschritte hin zu einer Art europäisch-muslimischer Kir- che zu machen, die sich einreihet neben den anderen unverbindlichen, privatreligiösen Welt- und Himmelsanschauungen, weil die staatlichen Verwalter des organisierten Got- tesglaubens im Land offenbar darauf setzen, dass die ordentliche *rechtliche Verfasstheit* einer religiösen Gemeinde zur Befriedung ihres Glaubens als *Privatangelegenheit* der Mitglie- der viel beitragen könne.

- Weil *Polizeipolitiker* nicht daran glauben, dass das schnell genug geht und hundertprozentig erfolgreich ist, schon gar nicht gegen unbe- kannte private Einzeltäter, denken sie jeden- falls entschlossen vorwärts und erweitern ihre analogen und digitalen Kontrollkompetenzen, stehen nach Möglichkeit jedem reiselustigen Amateurschihadisten auf den Füßen, um ihn schnell einbuchten zu können, betreuen ihn dort mit mäßiger Seelsorge, entzie- hen Pässe und Personalausweise und schaffen massenhaft neue Arbeitsplätze im Polizei- wesen: Allein in Frankreich investiert man fast eine Dreiviertelmilliarde Euro zusätzlich in Ausrüstung und Personal der Ordnungsmacht, einschließlich zahlreicher muslimi- scher Gefängnisgeistlicher.

Im Übrigen ermahnt man sich quer durch das freiheitliche Europa gegenseitig dazu, bei der kritischen Auseinandersetzung mit den Anhän- gern Allahs nur wegen der Anschläge in Paris ja nicht zu viel Rücksichtnahme walten zu las- sen: Selbstzensur bei der Pflege des Feindbildes durch die „Schere im Kopf“ wäre ein Sieg der Terroristen, den man ihnen auf keinen Fall zuge- stehen darf. Auch „überzogene Sicherheitsmaß- nahmen“ seitens der Behörden gegen künftige Anschläge, unter denen unsere Freiheit leiden könnte, würden deren Feinden einen Triumph schenken, den wir ihnen nicht gönnen dürfen.

Der Innenminister, ganz abgeklärt, verspricht, das Nötige zu tun, und verweist darauf, dass es „*hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann*“ (De Maizière). Wenn man im Kampf mit „*die- sem Bösen*“ steht, das nur „*die Sprache der Gewalt versteht*“ (Obama zum IS), braucht man seinem tapferen Volk eben nicht mehr an Beruhigung anzubieten. ◀

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf www.argudiss.de und www.farberot.de